301

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 8. Juni 1932 | Nummer 132

Die SA der Hitlerfaschisten wird Reichsmiliz

Aufmarsch gegen Faschismus am 12. Juni!

Einheitliche Uniformierung von Stahlhelm und SA . Die Nazibanden wollen Deutschland mit Terror überziehen . Die Arbeiterschaft Dresdens antwortet mit einem wuchtigen Aufmarsch am Sonntag für die Antifaschistische Aktion!

Die Nazis haben die Ankündigung der Aufhebung des Verbotes ihrer SA- und SS-Formationen mit einer Mobilmachung für einen Aufmarsch am kommenden Sonntag beantwortet. Der „Angriff-Kampf" brachte in fetter Ueberschrift den Befehl an alle SA-, SS- und Motorstaffeln mit der Parole: „Am Sonntag marschiert die SA im braunen Hemd!" Die Nazis planen also einen provokatorischen Marsch durch die Straßen Dresdens und vieler anderen antifaschistischen Städte. Es soll ein Triumphzug für die Regierung der Junker, Chemie- und Waffenkönige und Generale werden. Uniformiert und bewaffnet will man die Arbeiterschaft einschüchtern und niederschlagen.

Wir sind der festesten Ueberzeugung, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, ebenso wie ihre kommunistischen Klassengenossen, von dem heißen Wunsch beseelt sind, den Hakenkreuzbanden der Millionäre zu beweisen, daß nicht sie, sondern die Arbeiter die Straße beherrschen. Angesichts des drohenden Verbots proletarischer Organisationen, angesichts der Militärdiktatur, die sich mit schlimmstem Unterstützungsabbau und neuen Notverordnungen auf das wehrlose Volk stürzt, angesichts der Erhebung der SA zur offiziellen Regierungstruppe, fordern wir sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, sich mit uns im Kampf für die uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs- und Pressefreiheit zu vereinigen.

SA bekommt englische Uniform!

Nach den Informationen des Informationsdienstes der SA in den nächsten Tagen [illegible] soll, werden jetzt bereits Einzelheiten darüber bekannt, wie unter dem Deckmantel des Reichswehr- und Innenministeriums die Uniformierungen nach der Wiederlegalisierung geplant werden soll. Darüber schreibt der genaue Polizeianzeiger [illegible], der zweifelsohne sehr gut unterrichtet ist, unter anderem:

„Während die SA bisher braunes Hemd und Hose trug, wird künftig über dem braunen Hemd noch ein Uniformrock [illegible], der im Schnitt dem der englischen Armee ähnelt. Er wird aus braunem Kordtuch, hat Revers und flachen Kragen und [illegible]. Ob auch die Hose aus braunem Kordtuch angefertigt wird, ist noch nicht entschieden, vorläufig sollen die [illegible] in englischem Leder aufgetragen werden. Das [illegible] wird wie bisher braun sein. An Stelle der [illegible] treten braune Schaftstiefel. Ob die bisherige [illegible] beibehalten bleibt, ist noch nicht bestimmt, vielleicht kommt an ihre Stelle die Reichswehrmütze in Braun. Die Mäntel sind ebenfalls braun mit dunklem Kragen. Die [illegible] Stahlhelmmütze gleicht der schottischen Mütze. Die SS trägt dieselbe Uniform wie die SA, nur ist der Waffenrock schwarz und das Lederzeug ebenfalls schwarz. Sonntags wird [illegible] schwarze lange Hose mit langen Stiefeln getragen. [illegible] trägt wie bisher den Totenkopf."

[illegible] Mitteilungen aus derselben Quelle gelten diese [illegible] nicht nur für die Formationen der Nazis, sondern [illegible] Verbände.

Mit diesen Uniformplänen demonstriert die Papen-Schleicher-Regierung, daß die Nazis zu einer Art faschistischer Miliz nach italienischem Beispiel werden. Diese Pläne sind das Ergebnis der gemeinsamen Abmachungen, die zwischen Hitler und dem Reichskanzler getroffen wurden und in der Konsequenz die vollständige Legalisierung des Naziterrors und seine ungeheure Steigerung bedeuten. Hier wird aber nicht nur eine Bürgerkriegsarmee neu uniformiert, sondern gleichzeitig unter englischer Anleitung an die englische Armee das deutsche Kanonenfutter für den Krieg gegen die Sowjetunion eingekleidet.

Die Arbeiterschaft sieht aus diesen Plänen die für sie einzig mögliche Konsequenz: sie formiert fester die Reihen zum Kampf in Antifaschistischer Aktion!

Es muß schnell vom Wort zur Tat geschritten werden. Die Stunde erfordert von allen unseren Einheiten der revolutionären Organisationen, an die SPD-Arbeiter, an die Reichsbanner- und Jungbannergruppen, an die Sektionen der Gewerkschaften und an die Ortsgruppen des Deutschen Freidenker-Verbandes heranzutreten.

Schlagt ihnen überall gemeinsame organisatorische Maßnahmen zur Durchsetzung der entscheidenden proletarischen Tagesforderungen vor: Fort mit der Regierung der Junker, Generale und Schwerindustrie! Nieder mit ihren neuen Steuern und ihrem Lohn- und Unterstützungsabbau! Bildung der roten Massen-Selbstschutzes in Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln! Verteidigung der Legalität der proletarischen Organisationen, Presse und Versammlungen! Heraus mit den antifaschistischen Kämpfern aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Zeitungen!

Straße frei dem Proletariat! Entfesselt die proletarische Aktionskraft gegen die faschistische Reaktion!

Demonstration in Dresden

Nach Redaktionsschluß erfahren wir:

Heute vormittag in der 12. Stunde bildeten sich in der Nähe des Arbeitsamtes, auf der Nossen- und Marienstraße, Hungerdemonstrationen. Mit den Rufen: Nieder mit der Hungerregierung, wir wollen Arbeit und Brot!", durchzogen Hunderte von Erwerbslosen die Straßen. Bemerkenswert war die Teilnahme von Hammerschaftsmitgliedern der „Eisernen Front", die offen ihre Sympathie zum Ausdruck brachten. Die Demonstrationen setzten sich in den Arbeiterbezirken fort.

Ihr sollt noch mehr hungern

„Eine Wohlfahrtsanstalt" nennt die Regierungserklärung Papens und Schleichers dieses kapitalistische Deutschland, in dem die Arbeitermassen im unerträglichem Elend leben, in dem die Mittelständler und Kleinbauern zugrunde gehen, in dem Erwerbslose vor Hunger auf der Straße umfallen. Wenn die Regierung der Barone das als „Wohlfahrt" bezeichnet, so kann man sich vorstellen, wie sie den bisherigen sozialreaktionären Kurs noch zu verschärfen gedenkt.

Die Papen-Schleicher-Diktatur „begründet" ihre bevorstehenden neuen Hungermaßnahmen mit der Feststellung, daß die „finanziellen Grundlagen des Reichs, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden erschüttert sind". In der Tat, die Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt immer katastrophalere Ausmaße an; sogar das bürgerliche Konjunkturinstitut entwickelt wirtschaftliche Perspektiven, die schwarz in schwarz gehalten sind und kündigt ein weiteres Anwachsen der Millionenerwerbslosigkeit an. Ist diese Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaft jedoch ein Argument für neue Sozialreaktion? Das mag den Kapitalisten und ihren Generalen und Freiherren so scheinen. Für die Arbeiterschaft aber ist der Niedergang des verfaulenden Kapitalismus ein Ansporn, an Stelle der kapitalistischen Diktatoren selbst die Herrschaft zu übernehmen, an Stelle des kapitalistischen Systems den Sozialismus zu setzen. Die Arbeiter können nur leben, wenn der Kapitalismus geschlagen und die Ausbeuterherrschaft überwunden ist.

Noch ist im einzelnen nicht bekannt, welche konkreten Abbau-

Neue Demonstrationen in Berlin

Vor dem Rathaus in Pankow sammelten sich gestern mittag [illegible] Erwerbslose, die erregt **gegen die Schließung der Kaiserlichen Stempelstellen protestierten und die Erhöhung ihrer Unterstützung forderten.** Die alarmierte Polizei **ging mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten** vor.

Abends demonstrierten Arbeiter des Berliner Ostens gegen die Hamburger Naziprovokationen in der Kleinen Andreasstraße. Eine [illegible] Arbeiter zogen unter **Niederrufen gegen die Mordbanden des Faschismus** in Straßenbreite durch die Kleine Andreasstraße. Vor dem Nazilokal kam es zu Zusammenstößen, wobei **provozierende Nazis verprügelt wurden.** Die Polizei [illegible] mit dem Gummiknüppel und gezogenem Revolver gegen die **demonstrierenden Arbeiter vor.**

Ausdehnung des Oberlausitzer Pflichtarbeiterkampfes

Wohlfahrtsempfänger von Oberseifersdorf erzwingen Auszahlung der Unterstützung Solidaritätsbewegung in zahlreichen Gemeinden . So kämpfen die Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion

Zittau, 8. Juni (Eig. Drahtbericht)

Die Bewegung der Pflichtarbeiter in der Oberlausitz, über die wir bereits am Montag berichteten, hat sich weiter ausgedehnt und bereits zu Teilerfolgen geführt. Die Pflichtarbeiter von Oberseifersdorf, die trotz stärkster Polizeimaßnahmen der Amtshauptmannschaft und Unterstützungsentzug die Pflichtarbeit verweigerten, haben gestern die Auszahlung der vollen Unterstützung erzwungen.

Unter dem Druck der Massen mußte gestern der Bürgermeister von Oberseifersdorf die Unterstützungen wieder voll auszahlen und die bereits gekürzten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung voll nachzahlen, trotzdem im Ort starke Polizei liegt.

Die Pflichtarbeiter der Orte Reichersdorf, Johnsdorf, Schlegel, Reichenau und Marienthal sind zur Unterstützung Oberseifersdorfs in den Sympathie- und Protestkampf getreten.

Ueber die Entwicklung der Bewegung der Pflichtarbeiter der Oberlausitz erhalten wir noch folgenden Bericht:

Die Pflichtarbeiter von **Marienthal**, die jetzt gleich anderer Orte in den Streik getreten sind, faßten diesen Beschluß in einer am 5. Juni stattgefundenen Versammlung. In **Oberseifersdorf** hat sich die Lage derart verschärft, daß von

Belagerungszustand im Dorf

gesprochen werden kann. Am Montag versammelten sich die Erwerbslosen wiederum vor dem Gemeindeamt und forderten die Auszahlung der vollen Unterstützung. Der Bürgermeister erklärte ihnen jedoch, daß er das Geld auf Anweisung der Amtshauptmannschaft nicht auszahlen dürfe. In ungeheurer Erbitterung verließen die Erwerbslosen das Gemeindeamt und versammelten sich zu einer Versammlung, um zur Lage Stellung zu nehmen.

500 Erwerbslose, unter denen sich Delegierte aus den übrigen Orten der Amtshauptmannschaft befanden, nahmen ein kurzes, aber von Kampfbegeisterung getragenes Referat ihres Vertreters entgegen, der darauf hinwies, daß nur die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten, wie sie jetzt in Oberseifersdorf zustande gekommen ist, in der Lage ist, in Antifaschistischer Aktion die Pläne der herrschenden Klasse zu durchkreuzen und die Arbeiterschaft zum Gegenangriff gegen die faschistische Kapitalsdiktatur führt. In der Diskussion sprachen dann zahlreiche Vertreter der Erwerbslosen aus anderen Gemeinden, die den Willen zum Ausdruck brachten, die Oberseifersdorfer Erwerbslosen in ihrem Kampf durch praktische Solidarität zu unterstützen. Ein Versprechen, das inzwischen in einer ganzen Reihe von Gemeinden in die Tat umgesetzt wurde.

Die in glänzender Kampfbegeisterung durchgeführte Versammlung fand nach einstimmiger Annahme folgender Entschließung ihr Ende:

„Die Erwerbslosen von Oberseifersdorf und die Vertreter der Erwerbslosen aller Gemeinden erklären, den Kampf gegen die Pflichtarbeit und die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung bis zum vollen Siege zu führen.

Die Solidarität der Kleinbauern, kleinen Geschäftsleute muß herbeigeführt werden, um gemeinsam mit den Erwerbslosen, Betriebsarbeitern und allen Werktätigen unter Führung der roten Einheitsfront zu kämpfen gegen faschistischen Terror, gegen Elend und Not, für die Befreiung aller Unterdrückten."

Nach der Versammlung formierten sich drei Demonstrationszüge, die teils geschlossen und teils in losen Gruppen den Ort durchzogen.

•

Die Oberseifersdorfer Wohlfahrtserwerbslosen, deren Frauen am Dienstagnachmittag wiederum vor das Gemeindeamt zogen und gemeinsam mit ihren Männern die Auszahlung der vollen Unterstützung erzwangen, appellieren an die gesamte Arbeiterschaft der Oberlausitz, ihren Kampf durch praktische Solidarität zu unterstützen, bis er zum siegreichen Ende geführt ist. Sie appellieren an die Betriebsarbeiter, in allen Fabriken Kampfausschüsse zu bilden, den Streik auch ihrerseits vorzubereiten und zu organisieren.

Die Erwerbslosen der Oberlausitz geben ein praktisches Beispiel für alle Werktätigen Ostsachsens, wie sie die Antifaschistische Aktion zum siegreichen Kampf über Hunger und Faschismus in Bewegung bringen müssen!